

Federico Foders (Kiel / Köln)

Wird Brasilien dem (Rohstoff-)Fluch entkommen?

“Einen Weg wählen, hieß, andere Wege aufgeben”
Paulo Coelho (2008): *Brida*.

Die Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas hat mehrere Ausnahmen hervorgebracht, zu denen Argentinien, Brasilien und Kuba zählen. Während Brasilien seit der letzten Jahrhundertwende eine in Lateinamerika vorbildliche ökonomische, soziale und politische Entwicklung zu verzeichnen gehabt hat, stellen die übrigen Sonderfälle Beispiele für eine weniger erfolgreiche Entwicklung und versäumte Chancen dar. Nach einer lang anhaltenden Periode der wirtschaftlichen Stabilität scheint sich Brasilien – anders als Argentinien – auf den ersten Blick aus dem früheren Teufelskreis von Protektionismus, Staatsverschuldung, Inflation und Wachstumsschwäche gelöst zu haben. Unklar ist, ob angesichts der enormen Herausforderungen, die das Land zu bewältigen hat, der neue Pfad lediglich transitorischer Natur ist oder ob sich Anzeichen für eine dauerhafte Neuorientierung der Wirtschaftspolitik und wirtschaftlichen Entwicklung feststellen lassen. Dieser Beitrag befasst sich mit einigen zentralen Fragen der ökonomischen Entwicklung Brasiliens: Welche Elemente bestimmen die Neuorientierung in der letzten Dekade? Kann das Land die wichtigsten binnen- und außenwirtschaftlichen Herausforderungen meistern? Und: Wird es sich vom Rohstofffluch befreien können?

1 Die Erfahrungen Brasiliens mit Wachstum

Zu den ungelösten Rätseln der brasilianischen Wirtschaftsentwicklung zählen die Aufhol- und Verteilungsprobleme eines Landes, das über eine leistungsfähige Rohstoffwirtschaft verfügt und einen längeren Industrialisierungsprozess durchlaufen hat. Den historischen Zeitreihen für das Pro-Kopf-Einkommen zufolge betrug das Einkommen Brasiliens zu Beginn des 20. Jahrhunderts etwa 10% des amerikanischen (Cardoso / Kuhl Teles 2010; Foders 2001; 2002). Im Zuge der postkolonialen Entwicklung Brasiliens hat es erstmals im Zeitraum von 1870 (Beginn der sogenannten “belle époque” in Lateinamerika) bis 1911 überdurchschnittliche Wachstumsraten erfahren (Williamson 2010). Diese Dynamik war jedoch nicht von Dauer: Es folgte eine

längere Periode der notorischen Wachstumsschwäche mit mehreren Rezessionen bis das sogenannte brasilianische Wirtschaftswunder (von 1967 bis 1979) eintrat und die binnen- und außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine weitere Mehrung des Wohlstands gegeben waren. Die zweite Ölpreiskrise, höhere Zinsen in den USA und eine beginnende Rezession in den OECD-Ländern beendeten den Höhenflug mehr oder weniger abrupt. Im Ausland hoch verschuldet musste Brasilien die Konsequenzen der Finanzkrise von 1982 tragen und eine Umschuldung durchführen. Die 1980er Jahre wurden im Gefolge der Krise für die meisten lateinamerikanischen Länder zur verlorenen Dekade, so auch für Brasilien. Erst die Einführung des „Plano Real“ im Jahr 1994 brachte dem Land eine überraschende Erholung, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts weiterhin anhielt und die eine Periode des inflationsfreien Wirtschaftswachstums bis zur globalen Finanzkrise 2008 / 2009 einleitete. Insgesamt hat sich der Abstand zwischen dem Einkommen Brasiliens und dem der USA im Verlauf des 20. Jahrhunderts verringert. Bei der letzten Jahrhundertwende hatte Brasilien aber erst das Niveau von 20% des Einkommens der USA erreicht, während einzelne europäische und asiatische Länder das 20. Jahrhundert mit großem Erfolg dazu genutzt hatten, die Einkommenslücke auf weniger als die Hälfte zu reduzieren (Cardoso / Kuhl Teles 2010; Foders 2001; 2002).

Hinter der oben skizzierten langfristigen Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens Brasiliens steht eine Reihe nationaler und internationaler Ereignisse. Nach der Unabhängigkeit (1822) gliederte sich das Land als Rohstofflieferant in die Weltwirtschaft ein und lockte verstärkt Einwanderer mit Erfahrungen in der Landwirtschaft und im Bergbau sowie Kapital an. Zucker, Diamanten und Gold spielten bereits in der Kolonialzeit eine wichtige Rolle; später kam die Baumwolle dazu. Nach 1840 wurde der Kautschukanbau als vielversprechend eingestuft, zumal der internationale Preis für diesen Industrierohstoff über einen längeren Zeitraum mit zweistelligen Raten zugenommen hatte. Von 1889 bis 1930 bestimmte Kaffee die Ausfuhr, ein Rohstoff, der noch heute – neben Sojabohnen und Eisenerz – in der Produktions- und Außenhandelsstruktur des Landes vertreten ist. Das für den Aufbau der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahn, Häfen usw.) notwendige Kapital stammte damals aus dem Vereinigten Königreich, wenngleich sich die Rohstoffexporte meistens auf die USA konzentrierten.

Doch die Integration in die Weltwirtschaft hatte für das Land nicht nur Vorteile. Dies zeigte sich bereits in den Finanzkrisen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als Argentinien infolge hoher Haushaltsdefizite und Auslandsverschuldung mehrfach den Goldstandard verlassen musste und es auch in Brasilien zu Kapitalflucht kam. Die erste Globalisierungswelle (1870-1913) wurde vom Ersten Weltkrieg, der Weltwirtschaftskrise (1929 / 1930) und dem Zweiten Weltkrieg unterbrochen, was in Lateinamerika dazu geführt hat, dass Autarkiebestrebungen populär wurden und mehrere Länder sich einer Politik der bewussten Abkoppelung von der Weltwirtschaft verschrieben. Im Vordergrund stand fortan der Aufbau einer nationalen Industrie, die die bis dahin importierten Waren im eigenen Land produzieren sollte. Alle verfügbaren Ressourcen wurden dem Industrialisierungsprozess zugeführt. Dabei besaß Brasilien weder ausreichende Ersparnisse noch die notwendige Technologie oder das Humankapital dafür. Allein die Größe des Binnenmarkts schien für derartige Pläne geeignet zu sein.

Insbesondere die Regierung Kubitschek in den 1950er Jahren gab dem Land wichtige Impulse für eine autarke Entwicklung zum Industrieland. In diese Zeit fielen der Aufbau der Automobilindustrie mit Unterstützung ausländischer Unternehmen und die Gründung der neuen Hauptstadt Brasília (Cardoso / Fishlow 1989). Auch sein Nachfolger Goulart (1961-1964) und mehrere Militärregierungen (1964-1985) hielten an der Politik der Importsubstitution fest. Der exportorientierte Rohstoffsektor fungierte als Quelle für Devisen und Steuereinnahmen und wurde ansonsten benachteiligt, sowohl bei der Vergabe von Krediten als auch bei der Zuteilung von Einfuhrlicenzen und Devisen. Die Instrumente der Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik wurden in den Dienst dieser Politik gestellt – mit verheerenden Folgen für die Preisstabilität. So entstand eine Industrie, die weder technologisch auf dem letzten Stand noch dem internationalen Wettbewerb gewachsen war. Doch im Unterschied zu anderen Ländern Lateinamerikas führte Brasilien sehr frühzeitig eine Exportförderung für Industrieprodukte ein und liberalisierte zum Teil die Importe, womit die schlimmsten Auswüchse der binnenmarktorientierten Importsubstitutionspolitik vermieden werden konnten (Fodors 1987).

Nach mehreren Dekaden der Importsubstitution stellte sich heraus, dass Rohstoffe und rohstoffintensive Güter nach wie vor im brasilianischen Außenhandel vertreten waren, dass also die Marktab-

schottung die Struktur der komparativen Kosten des Landes nur geringfügig verändert hatte und dass der heimische Markt für die im Land hergestellten Industriegüter weit niedrigere Wachstumsraten aufwies, als zunächst erwartet worden war. Alle Bemühungen, die Nachfrage mithilfe einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik künstlich aufrecht zu erhalten, endeten in einer inflationären Lohn-Preis-Spirale. Versuche, die Konsequenzen dieser Politik mithilfe von Miniabwertungen und indexierten Verträgen abzumildern, konnten die inflationären Erwartungen der Bevölkerung nicht in dem gewünschten Maße beeinflussen. In der Wirtschaft kamen erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zustande.

Der Regierung Cardoso gelang es, den weiteren Verfall Brasiliens vorerst aufzuhalten und einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, der von seinen beiden Nachfolgern – Lula da Silva und Dilma Rousseff – in seinen wesentlichen Zügen beibehalten wurde. Mit der Einführung des “Plano Real” 1994 sorgte die Regierung Cardoso mittelfristig für eine Stabilisierung der Währung und für hohes Wachstum. Der Kapitalverkehr wurde freigegeben, wichtige Gütermärkte dereguliert und die Privatisierung mehrerer Staatsbetriebe vorbereitet. Ebenso wurde die über längere Zeit vernachlässigte Rentenversicherungsreform in Angriff genommen. Mit dieser Politik gewann Brasilien das Vertrauen der Kapitalmärkte zurück.

Zudem konnte Brasilien ähnlich wie Mexiko das Gewicht der Industrieprodukte in seiner Produktions- und Außenhandelsstruktur deutlich erhöhen. Brasilien hat die globalen Herausforderungen, die mit der jüngsten Finanzkrise in den USA verbunden waren, meistern können und damit gezeigt, dass die Anfälligkeit des Landes für weltwirtschaftliche Schocks inzwischen gesunken ist (Foders 2010).

3 Brasiliens Erfahrungen mit der Einkommensverteilung: Sozialpolitik füllt ein Vakuum

Die Einkommensverteilung in Lateinamerika weicht wesentlich von den Erfahrungen in anderen Regionen ab. Das Einkommen ist auch heute noch stark ungleich verteilt, und zwar ungleicher als in allen anderen Regionen einschließlich Afrika. Einige Untersuchungen führen die Persistenz der Ungleichheit in der Region auf die ungleiche Verteilung der Eigentumsrechte an den Produktionsfaktoren und der Bildungschancen in der Kolonialzeit zurück (Hofman 2000). Andere

wiederum sehen eine Einkommensverteilung in Lateinamerika, die in dieser Zeit nicht ungleicher als in Nordeuropa war und die eng mit dem Wirtschaftswachstum verbunden war (Williamson 2010). So bemüht Williamson neue Daten und zeigt, dass der geschätzte Gini-Koeffizient im Zeitraum 1600-1780 von 35 auf 57 gestiegen sei, bevor er nach der Unabhängigkeit wieder auf durchschnittlich 46 gefallen sei, um im Zeitraum 1870-1920 seinen vorläufigen Höchstwert 62 zu erreichen (je höher der geschätzte Koeffizient, umso ungleicher ist das Einkommen verteilt). Der brasilianische Koeffizient lag in den 1870er Jahren bei 39,2, nahm zwischen 1880 und 1920 ebenfalls kräftig zu und stabilisierte sich bei 59,7 in den 1920er Jahren (Williamson 2010). Auffällig ist, dass in dem Untersuchungszeitraum die Ungleichheit in Lateinamerika vorwiegend in Perioden kräftigen Wachstums und vor allem nach der Unabhängigkeit zugenommen hat.

Angenommen, der empirische Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum wäre robust, dann stellt sich die Frage, ob es, übertragen auf das 20. Jahrhundert, in dem Brasilien und andere lateinamerikanische Länder gegenüber den USA, Europa und Asien im Wachstum zurückgefallen sind, einen Zusammenhang zwischen der Wachstumsschwäche und der sehr ungleichen Einkommensverteilung gegeben hat. Auf diese Frage hat es in der Literatur bisher keine eindeutige Antwort gegeben. Bemerkenswert erscheint in diesem Kontext die Feststellung, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einem gezielten Abbau der ungleichen Einkommensverteilung dienen, im 20. Jahrhundert eher selten in Lateinamerika ergriffen wurden. Umso wichtiger dürfte aus diesem Grund die Erfahrung Brasiliens mit diesen Maßnahmen in der Zeit nach 1995 sein. Betrachtet man das Bruttoeinkommen pro Kopf einzelner Haushalte (Familien), einschließlich Transfereinkommen und vor Steuern, so ergeben sich zwei Unterperioden: 1995-2003 und 2003-2009. In der ersten nahm das Einkommen (zu Kaufkraftparitäten gerechnet) jährlich um 1,3%, in der zweiten um mehr als 7% zu, womit sich (kumuliert) eine Einkommenserhöhung von 70% bzw. eine durchschnittliche Wachstumsrate von 3,8% über den gesamten Zeitraum ergibt (Ferreira de Souza 2012).

Natürlich sind dieses Einkommen und dessen Zuwächse nicht gleich verteilt gewesen. Allerdings haben erstmals die unteren 20% der Bevölkerung in der Skala der Einkommensbezieher eine Zunahme erfahren, die mehr als doppelt so hoch ausgefallen ist als die der

höchsten 20%. Im Zuge des Breitenwachstums konnte die Armut in Brasilien deutlich verringert werden und zwar so, dass das Land die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bereits 2007 anstatt erst 2015 erreichen konnte. Auch fiel der Gini-Koeffizient von 2001 (60) bis 2009 (54) um 9%. Gleichwohl ist die gegenwärtige Einkommensverteilung immer noch stark ungleich – etwa im Vergleich zu Europa; würde die obige Dynamik beibehalten, so dauerte es mehrere Dekaden, bis der Gini-Koeffizient auf das Niveau von 30 bis 35 gefallen ist. Eine ähnliche Entwicklung fand im Großen und Ganzen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern in der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts statt, wobei jedes Land seinen eigenen Weg gegangen ist. In Brasilien haben der Mindestlohn und drei Ausgabenkomponenten des staatlichen Haushalts dazu beigetragen: die Bildungsausgaben, die Rentenversicherung und die Sozialhilfe. Die Ausgaben machten 2006, das letzte Jahr, für das belastbare Zahlen verfügbar sind, fast 16% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. fast die Hälfte der Steuereinnahmen aus. Die entscheidenden Rechte, die die Ansprüche auf staatliche Unterstützung verschiedener sozialer Gruppen begründen und die in späteren Gesetzen im Detail ausgestaltet wurden, fanden bereits Eingang in die Verfassung von 1988.

Der Bildungspolitik kommt als Instrument der Einkommenspolitik große Bedeutung zu, insbesondere in einem Land, in dem über Jahrzehnte die Hochschulen und nicht die allgemeinbildenden Schulen ausgebaut wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre haben sich die Ausgaben für Bildung bei etwa 4-4,5% des BIP eingependelt. Die Schulbeteiligung erhöhte sich sowohl in der Primar- als auch in der Sekundarstufe und die Qualifikationsprofile der Berufstätigen verbesserten sich, womit für viele die Möglichkeit geschaffen wurde, ein höheres Einkommen zu erzielen. Obwohl das brasilianische Bildungssystem in den internationalen Studien nicht gut abschneidet, waren in den vergangenen zwei Dekaden Fortschritte möglich, die sich auch in besseren Ergebnissen bei den PISA-Studien (Programme for International Student Assessment) widerspiegeln. Auch der Mindestlohn spielt in Brasilien eine zentrale Rolle in der Einkommenspolitik. Einerseits wirkt er sich auf den Arbeitsmarkt aus und andererseits stellt er die Recheneinheit für eine Reihe von Sozialleistungen dar. Im Jahr 2009 haben ca. 11% der Beschäftigten den Mindestlohn bezogen und etwa 60% der Rentner erhielten Renten in dieser Höhe. Zudem richtet sich der *Benefício de Prestação Continuada* (BPC)

– eine Unterstützung für Personen über 65 Jahre oder mit Behinderungen – nach dem Mindestlohn. Der Mindestlohn nahm im Zeitraum 1995-2011 um jährlich 8% zu, als Kompensation für Inflation und Wachstum. Unklar ist, welche Auswirkungen der Mindestlohn auf den Arbeitsmarkt gehabt hat; in der Regel kann von einer Benachteiligung der Beschäftigten im informellen Sektor und von Niedrigqualifizierten ausgegangen werden.

Nicht zuletzt hat das Rentenversicherungssystem in Brasilien die Aufgabe, Altersarmut zu vermeiden. Erst seit der Verfassungsreform von 1988 werden neben den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und im modernen privaten Sektor auch weitere soziale Gruppen, die zuvor ausgeschlossen waren, im System der sozialen Sicherung erfasst. Allerdings bestehen immer noch große Lücken bei den Beschäftigten des informellen Sektors sowohl in urbanen als auch in ländlichen Gebieten. Brasilien hat sich der Reformwelle der 1990er Jahre nicht angeschlossen, als mehrere Nachbarländer dem Vorbild Chiles gefolgt sind und eine private Rentenversicherung eingeführt haben. In Brasilien werden die Leistungen des Umlageverfahrens laufend an die Kassenlage angepasst; sowohl die Rentenkasse für den öffentlichen Dienst als auch die für den privaten Sektor sind seit vielen Jahren defizitär. Zusammen mit der demographischen Entwicklung, die sich in einer relativ rapiden Alterung der Bevölkerung niederschlägt, stellen die Defizite das größte Risiko für das System dar. Während die Einbeziehung von neuen sozialen Gruppen in die Rentenversicherung zu einer weniger ungleichen Einkommensverteilung beiträgt, sorgen die unverhältnismäßig hohen Pensionen im öffentlichen Dienst stets für eine Verschärfung der Einkommensunterschiede zwischen den Rentnern und damit für viel Konfliktstoff.

Im Rahmen der Transfereinkommen des Bundes für sozial Schwache sind der BPC (siehe oben) und das Programm *Bolsa Familia* zu erwähnen. Im Gegensatz zu *Bolsa Familia* stellt der BPC ein Verfassungsrecht dar. Diese Eigenschaft hat dem Instrument Unabhängigkeit vom politischen Prozess eingebracht. Zudem hat der BPC im Jahr 2012 etwa 0,55% des Bundeshaushalts ausgemacht und wurde von 3,4 Mio. Menschen genutzt. *Bolsa Familia* ist in der Öffentlichkeit weit bekannter als der BPC und wird nach Haushaltslage vergeben. 2010 gab es 12,8 Mio. Empfänger, die Zuwendungen in Höhe von 0,39% des BIP erhielten. Während die BPC-Empfänger mehr Geld erhalten als die *Bolsa Familia*-Empfänger, ist der Kreis

der Letzteren ungleich größer. Daraus folgt, dass der BPC eher als *Bolsa Familia* das Einkommen einer Familie nennenswert anheben kann. Bei *Bolsa Familia* kommt es für jede Familie darauf an, auch noch weitere Einkommensquellen zu besitzen. Bisherige Untersuchungen haben keine negativen Auswirkungen dieser Programme feststellen können (Ferreira de Souza 2012). Sie haben sich beide bei der Armutsverringerung in Brasilien bewährt. Diese Aussagen beziehen sich jedoch auf eine Zeit der makroökonomischen Stabilität mit hohem Wachstum, sozusagen optimale Rahmenbedingungen für sozialpolitische Maßnahmen. Eine offene Frage ist, ob beide Programme auch in Zukunft so effektiv sein können und ob nicht neue Instrumente entwickelt werden sollten, die gezielt auf jene sozialen Gruppen ausgerichtet werden müssen, die durch die existierenden Sicherheitsnetze durchgefallen sind.

2 Der rohe Stoff, aus dem der Fluch gestrickt ist

Brasilien bereitet sich zurzeit auf die Fußballweltmeisterschaft 2014 und auf die Ausrichtung des Konföderationen-Pokals 2013 vor. Als erstes südamerikanisches Land wird es 2016 zudem Gastgeber der Olympischen Spiele sein. Das Land rückt so für mehrere Jahre ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit und weckt große Erwartungen in der globalen Sportindustrie und in anderen Bereichen. Jedoch stehen die für die Ausrichtung der geplanten internationalen Sportereignisse notwendigen Infrastrukturinvestitionen im Land noch aus. In den kommenden Monaten könnten diese fehlenden Investitionen zu einer Belastung des Haushalts der brasilianischen Bundesregierung werden, die 2012 ohnehin mit einem Haushaltsdefizit von etwa 3% des BIP (optimistisches Szenario) zu kämpfen hat. Obwohl Brasilien über die höchsten Steuereinnahmen der Region (ca. 35% des BIP) verfügt, dürfte es schwierig werden, den Konflikt zu vermeiden, der sich an der Umwidmung von Mitteln entzünden könnte; viele Staatsausgaben sind (gesetzlich) festgelegt. Der Spielraum für neue budgetwirksame Aufgaben ist sehr eng; neue Ausgaben müssten mit einer höheren Neuverschuldung einhergehen.

Das brasilianische Wirtschaftswachstum wurde während der Finanzkrise 2008 / 2009 von einer expansiv angelegten Fiskalpolitik und einer zinssubventionierten Kreditvergabe durch die staatliche Entwicklungsbank BNDES getragen, eine antizyklische Politik, die

als Antwort auf die Krise vorgesehen war. Würde diese Politik auf Dauer weitergeführt, könnte sie gravierende Folgen für die öffentlichen Finanzen und die Preisstabilität haben. Das heißt: Nach der Krise sollte die Fiskalpolitik wieder restriktiver werden und neue Spielräume durch eine Senkung der Sozialausgaben schaffen. Vor allem der Teil der Rentenversicherung, der den öffentlichen Dienst betrifft, müsste auf mittlere Sicht nennenswert verringert werden. Die erheblichen Widerstände gegen die Rentenversicherungsreform kommen darin zum Ausdruck, dass sie seit mindestens 15 Jahren im brasilianischen Parlament ergebnislos beraten wird. Wollte man dem Konflikt mit den potentiellen Verlierern der Reform aus dem Weg gehen und eine Restrukturierung der Staatsausgaben vermeiden, bliebe die Option, die Brutto-Staatsverschuldung zu erhöhen. Letztere ist in den Jahren von 2000 bis 2010 von 85 auf 62% des BIP zwar gefallen, aber immer noch sehr hoch für ein Schwellenland. Neue Anleihen könnten in der einheimischen oder in einer Fremdwährung begeben werden, um einen Mittelbedarf zu decken, der auf 3-4% des BIP geschätzt wird (Velasco 2012). Da die Zinsen im Ausland (Europa, USA, Japan) zurzeit weit unter dem brasilianischen Niveau liegen, böten sich Fremdwährungsanleihen an. Das für 2012 und 2013 erwartete Defizit in der brasilianischen Leistungsbilanz (ca. 68 bzw. 80 Mrd. US\$; 4,8 bzw. 5,7% des BIP) (Mewes 2012) würde in diesem Fall in Höhe der möglichen Kapitalzuflüsse nach der erfolgreichen Platzierung der Anleihe auf dem internationalen Kapitalmarkt anschwellen. Entsprechend würde die Auslandsverschuldung zunehmen, die für 2012 auf 180% der Exporte geschätzt wird und die schon heute zu den höchsten in der Region zählt (Mewes 2012).

Anstatt die Staatsausgaben einzudämmen und zu restrukturieren, hat die Regierung vor dem Hintergrund des seit 2010 verlangsamten Wachstums 2011 und 2012 neue Konjunkturprogramme und subventionierte langfristige Kredite vom BNDES beschlossen, die alle letztlich den Haushalt belasten und zum makroökonomischen Risiko werden können. Damit steht sie vor dem Dilemma, einerseits Anreize für ein inflationsfreies Wachstum zu schaffen und andererseits das binnen- und außenwirtschaftliche Gleichgewicht der brasilianischen Volkswirtschaft zu bewahren. Gelänge es, die historische Leistung der Regierungen Cardoso und Lula da Silva fortzuführen, hätte Brasilien eine Chance, mit der Vergangenheit zu brechen und sich für einen Pfad zu entscheiden, der dem Land zu mehr Wohlstand und

internationalem Ansehen verhelfen kann. Erliegt die Regierung jedoch der Versuchung, den kurzsichtigen Populismus in den Mittelpunkt ihrer Politik zu rücken und die erreichte Stabilität aufs Spiel zu setzen, so ist zu befürchten, dass Brasiliens internationale Wettbewerbsfähigkeit bei Industriegütern einen Rückschlag erleidet und dass die Abhängigkeit des Landes von Rohstoff- und rohstoffintensiven Ausfuhren nach China und anderen asiatischen Ländern weiter zunehmen und sich verfestigen könnte (Whalley / Medianu 2010).

Ein solches Szenario sollte nach Möglichkeit vermieden werden, weil davon auszugehen ist, dass die Nachfrage nach Rohstoffen in Asien mit zunehmendem Pro-Kopf-Einkommen rückläufig sein wird. Daher könnte Brasilien eines Tages ohne Absatzmarkt für seine Rohstoffe dastehen. Vielleicht wäre es angezeigt, dem Rat Paulo Coelho (Coelho 2008) zu folgen und an dem von den Vorgängerregierungen eingeschlagenen Weg der makroökonomischen Stabilität festzuhalten, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Industriesektors zu stärken und andere mögliche Entwicklungswege, die zwangsläufig zurück in die Vergangenheit führten, endgültig aufzugeben.

Literaturverzeichnis

- Cardoso, Eliana / Fishlow, Albert (1989): *Latin American Development 1950-1980*, Cambridge: National Bureau of Economic Research (Working Paper 3161).
- Cardoso, Eliana / Kuhl Teles, Vladimir (2010): "A Brief History of Brazil's Growth", in: Mello, Luis de (Hrsg.): *Growth and Sustainability in Brazil, China, India, Indonesia and South Africa*, Paris: OECD, S. 19-50.
- Coelho, Paulo (¹2008): *Brida*, Zürich: Diogenes.
- Ferreira de Souza, Pedro H. G. (2012): *Poverty, Inequality and Social Policies in Brazil, 1995-2009*, Brasilia: International Policy Centre for Inclusive Growth, UNDP (Working Paper 87).
- Foders, Federico (1987): *Handelspolitik und weltwirtschaftliche Integration von Entwicklungsländern. Das Beispiel Argentiniens, Brasiliens und Jamaikas*, München: Weltforum.
- Foders, Federico (2001): "Latin America: The Long and Winding Road to Growth", in: *World Economics* 2, Nr. 2, S. 143-162.
- Foders, Federico (2002): "Die ökonomische und wirtschaftspolitische Entwicklung Lateinamerikas nach dem Zweiten Weltkrieg", in: Zippel, Wulfdieter (Hrsg.): *Die Beziehungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten*, Baden-Baden: Nomos, S. 9-44.

- Foders, Federico (2010): "Befinden sich die Währungen in einem Abwertungswettlauf?", in: *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 126, S. 32-35.
- Hofman, André A. (2000): *The Economic Development of Latin America in the Twentieth Century*, Cheltenham: Edward Elgar.
- Mewes, Heinz (2012): *Lateinamerika Finanzmarkt-Monitor*. Siek (<<http://www.latamconsult.de/index.php>>; 22.07.2012).
- Velasco, Andres (2012): "Brazil, Country of the Future No More?", in: *Project Syndicate*, 28 February.
- Whalley, John / Medianu, Dana (2010): *The Deepening China-Brazil Economic Relationship*, München: CESifo (Working Paper 3289).
- Williamson, Jeffrey G. (2010): *Latin American Growth-Inequality Trade-Offs: The Impact of Insurgence and Independence*, Cambridge: National Bureau of Economic Research (Working Paper 15680).